

Danke heißt mehr Gehalt:

DIE LINKE NRW unterstützt Landesbeschäftigte

Antragstellende: Christian Leye, Ulrike Eifler, Amid Rabieh, Jules El-Khatib,
Christiane Tenbenschel, Lukas Schön, Katja Heyn

Der Landesparteitag möge beschließen:

DIE LINKE NRW erklärt in den sich solidarisch mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder. Indem die Arbeitgeber sich in den ersten Verhandlungsrunden geweigert haben, überhaupt ein Angebot vorzulegen, haben sie die Warnstreiks der vergangenen Wochen provoziert. NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper fordern wir auf, sich nicht weiter gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen in unserem Bundesland zu stellen. Gerade in der aktuellen Situation brauchen wir funktionierende Krankenhäuser, Schulen und Behörden mehr denn je.

Verantwortungsvolles Handeln in der Corona-Krise bedeutet, den Beschäftigten jetzt zeitnah ein gutes und faires Angebot vorzulegen.

Angesichts der aktuellen krassen Preissteigerungen sind die Forderung der Gewerkschaften mehr als angemessen: fünf Prozent mehr Gehalt bei einer Laufzeit von zwölf Monaten, mindestens aber 150 Euro mehr im Monat. Für die Beschäftigten des

Gesundheitswesens muss es in dieser Tarifrunde ebenfalls heißen: Danke heißt mehr Gehalt! Um die Flucht zum Beispiel aus den Pflegeberufen zu stoppen, bedarf es bessere Arbeitsbedingen, aber auch einer tabellenwirksamen Lohnerhöhung von monatlich 300 Euro.

Die Ausbildungsvergütungen müssen aus sozialen Gründen um 100 Euro angehoben werden.

Dass die Landesregierungen ernsthaft versuchen, die Bezahlung bei Lehrerinnen und Lehrern zu drücken, indem bestimmte Arbeitsvorgänge wie Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben schlechter bezahlt werden sollen, obwohl sie zum Beruf unweigerlich dazugehören, ist ein Skandal! DIE LINKE NRW sagt Nein zu jeglichen

Versuchen des Lohndumpings. Solche Trickserien schaden nicht nur den direkt betroffenen Beschäftigten, sondern durch eine Senkung der Binnennachfrage uns allen. Denn um aus der Krise zu kommen, brauchen wir mehr Kaufkraft, nicht weniger.

Es liegt in der Verantwortung der der NRW-Landesregierung und der anderen Mitglieder in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, weitere Streiks durch ein faires Angebot zu verhindern. Sollte die Blockade der Arbeitgeber die Beschäftigten jedoch zu weiteren Streik-Maßnahmen zwingen, ruft DIE LINKE NRW alle Menschen in unserem Bundesland dazu auf, ihren Ärger über die Einschränkungen gegenüber denen zu äußern, die hier bei uns mitverantwortlich für diese Blockadepolitik sind: Nämlich zu Ministerpräsident Hendrik Wüst, NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper und den anderen Mitgliedern der CDU-FDP Landesregierung.